

1. Die Verwaltung soll beim Regierungspräsidium regelmäßig den Stand der Planungen der B14 abrufen und im Gemeinderat berichten.
2. Wir fordern die Verwaltung über ihr Beschwerdemanagement zu berichten bzw. ein solches einzurichten und dem Gemeinderat jährlich über die Art der eingegangenen Meldungen und die daraus abzuleitenden Verbesserungen zu berichten.
3. Die Verwaltung entwickelt ein Parkraumkonzept für die Innenstadt und veröffentlicht die vorhandenen öffentlichen Parkplätze mit Kosten und maximaler Parkzeit auf der Homepage der Stadt.
4. Die Murr Promenade (zwischen der sogenannten Himmelsleiter und Sulzbacher Brücke), gegenüber dem Parkplatz Bleichwiese und Annonaygarten, erhält ebenfalls eine Aufwertung, insbesondere soll der Fußweg instandgesetzt werden.
5. Wir fordern die Verwaltung auf, Vorschläge für weitere Gewerbeflächen zu entwickeln, dabei sollen auch die Möglichkeiten für interkommunale Gewerbeflächen untersucht werden.
6. Die Verwaltung prüft, ob es sinnvoll ist die Mensa Max-Born-Gymnasium und Max-Eyth-Realschule in den Neubau der Karl-Euerle-Halle zu integrieren.
7. Der Kreisverkehr Aspacher Straße/Röntgenstraße/Lichtensteinstraße wird 2017 im provisorischen Ausbau errichtet.
8. Es wird geprüft, wer die Schülerbeförderungskosten für die auswärtigen Schüler der Vorbereitungsklassen übernimmt und die Stadt lässt sich die Kosten erstatten.
9. Die Schulsozialarbeit soll auch zukünftig weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden. Es bedarf jedoch dringend einer besseren Förderung durch den Landkreis und das Land. Wir fordern die Verwaltung auf, dies mit Nachdruck zu verfolgen.
10. In 2017 sollen die Sportförderrichtlinien überarbeitet werden mit besonderem Augenmerk auf die Sportvereine mit vereinseigenen Sportstätten.

11. Die Verwaltung verstärkt ihre Bemühungen um eine Verkehrskonzeption, die vor allem folgende Punkte berücksichtigen sollte:
 - a) Einführung nur einseitiger Parkierung wo notwendig für den Verkehrsfluss
 - b) Planung der Umbauphasen in der Innenstadt und die Verkehrsführung während der einzelnen Bauphasen
 - c) Planung langfristiger Entlastungsmaßnahmen
 - d) frühzeitige Verkehrskonzeptionen für Neubaugebiete, insbesondere bei Nachverdichtung im Innenstadtbereich.
12. Die Stadt Backnang verstärkt das Angebot an Tageseltern, um dem steigenden Bedarf an Betreuungsangeboten für die unter 3-jährigen Kinder, besonders diejenigen unter 1 Jahr zu decken. Dies ist besonders wichtig, da die aktuellen Annahmen zur Entwicklung der Kinderzahlen durch Zuzug, Anschlussunterbringung von Flüchtlingen sowie sich ändernden Bedarfen der Eltern derzeit von vielen Unsicherheiten geprägt sind und der Bedarf durchaus kurzfristig viel höher liegen kann.
13. Die Stadt stellt ein Konzept auf zur Deckung des Bedarfs an zusätzlichen Gruppen der Kindertagesstätten, falls die derzeitigen Annahmen sowie die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen, um die Nachfrage an Betreuungsangeboten zu erfüllen.
14. Die Stadt Backnang richtet offizielle Seiten in den sozialen Netzwerken, wie Facebook oder Twitter ein und stellt das Konzept dafür im Gemeinderat vor.
15. SMART CITY Backnang eGovernment. Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung einen Strategie- und Aktionsplan für das eGovernment der Stadt Backnang erarbeitet und sich am Pilotversuch des Landes Baden-Württemberg beteiligt.
16. SMART CITY Backnang Digitalisierungskonzept mit Digitalbeauftragten. Wir beantragen die Stelle eines Digitalbeauftragten bei der Stadt Backnang. Dieser soll ein Digitalkonzept für die Verwaltung Backnangs und der Teilorte erarbeiten. Die Stelle muss nicht neu geschaffen werden, sondern kann zunächst im Aufgabenbereich des Hauptamtes angesiedelt werden.

17. SMART CITY Backnang Glasfaser-Breitbandausbau Förderprogramme nutzen.

Um Backnang als SMART CITY zukunftsfähig zu machen, bedarf es einen verlässlichen und flächendeckenden Glasfaserausbau. Insbesondere der Bereich

Hochgeschwindigkeitsnetze für den privaten und gewerblichen Zweck wird dabei zu beachten sein. Die Gründung neuer Unternehmen bzw. Start Ups sind besonders abhängig, dass die Datenversorgung optimal gewährleistet ist. Wir beantragen einen Sachstandbericht über den bisher erfolgten Ausbau und fordern die Stadtverwaltung auf, für nicht mit Breitband bzw. Glasfaserkabelanschluss versorgte Gebiete der Stadt und ihrer Teilorte bei den Förderprogrammen beim Bund „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ und beim Land Baden-Württemberg „Breitbandförderung im Rahmen der Breitbandinitiative Baden-Württemberg II“ über Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, die entsprechenden Fördermittel zu beantragen.

18. Die Verwaltung berichtet über die Möglichkeiten der Betreuung für Grundschulkinder in den Ferien. Gleichzeitig zeigt sie auf wie sich die Plätze und die Nachfrage in den letzten Jahren entwickelt haben und mit welchem Bedarf zukünftig zu rechnen sein wird.

19. Die Verwaltung wird um die Neuordnung der Parkierungssituation in der Winnender Straße zwischen Im Kusterfeld und der Weissacher Straße gebeten. Die bisherige Regelung muss im Hinblick auf die veränderten Verkehrsströme sowie die neu entstandenen Zufahrten auf die Winnender Straße angepasst werden.